

Satzung zur Regelung der Förderung in Kindertagespflege und Erhebung von Elternbeiträgen in der Stadt Neuss vom 27. Mai 2011 (in der Fassung der 6. Änderungssatzung vom 5. Juli 2019)

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. April 2019 (GV. NRW. S. 202), § 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90), § 90 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) – Kinder und Jugendhilfe – in der Fassung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3134), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2696), und des § 23 Abs. 1 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) vom 30. Oktober 2007 (GV. NRW. S. 462), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2017 (GV. NRW 2017 S. 834), hat der Rat der Stadt Neuss in seiner Sitzung am 5. Juli 2019 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Es gilt die örtliche Zuständigkeit nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuchs Achtes Buch (SGB VIII).
- (2) Diese Satzung gilt auch für Personen, die ihren Wohnsitz außerhalb der Stadt Neuss haben, wenn deren Kinder in betrieblicher Kindertagespflege in Betrieben in der Stadt Neuss gefördert werden.

§ 2

Begriffsbestimmungen

- (1) Die Förderung in Kindertagespflege umfasst die fachliche Beratung, Begleitung, Qualifizierung und die Gewährung einer laufenden Geldleistung an die Tagespflegeperson sowie die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson, soweit diese nicht von der erziehungsberechtigten Person nachgewiesen wird.
- (2) Geeignet im Sinne von Absatz 1 sind Personen, die sich durch ihre Persönlichkeit, Sachkompetenz und Kooperationsbereitschaft mit Erziehungsberechtigten und anderen Tagespflegepersonen auszeichnen und über kindgerechte Räumlichkeiten verfügen. Sie sollen über vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Anforderungen der Kindertagespflege verfügen, die sie in qualifizierten Lehrgängen erworben oder in anderer Weise nachgewiesen haben. Tagespflegepersonen mit Zertifikat des Bundesverbandes für Kindertagespflege e.V. gelten als höher qualifiziert. Die Anerkennung als Tagespflegeperson erfolgt durch die Erteilung einer Pflegeerlaubnis.
- (3) Der Betrieb einer Großtagespflege im Jugendamtsbezirk Neuss bedarf der Zustimmung durch das Jugendamt der Stadt Neuss vor Inbetriebnahme. Durch die Betreiber ist sicherzustellen, dass diese Großtagespflegestelle über alle erforderlichen behördlichen Genehmigungen verfügt.

§ 3

Anspruch auf Förderung in Kindertagespflege

- (1) Ein Kind, das das erste Lebensjahr vollendet hat, hat bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres Anspruch auf frühkindliche Förderung. Eine kindgerechte Förderung im Sinne dieser Satzung liegt bei wenigstens 25 Wochenstunden. Eine Erweiterung der in Satz 1 genannten Wochenstunden, richtet sich nach dem tatsächlichen Bedarf der Erziehungsberechtigten. Kriterien hierfür sind insbesondere nachgewiesene Zeiten bei Erwerbstätigkeit, einer beruflichen Bildungsmaßnahme sowie einer Schul- oder

Hochschulausbildung. Lebt das Kind nur mit einem Erziehungsberechtigten zusammen, so tritt diese Person an die Stelle der Erziehungsberechtigten.

- (2) Ein Kind wird in Kindertagespflege gefördert, wenn die Erziehungsberechtigten
 - a) einer Erwerbstätigkeit nachgehen, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder Arbeit suchend sind,
 - b) sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder
 - c) Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des SGB II erhalten.
- (1) Der Umfang der täglichen Förderung richtet sich nach dem individuellen Bedarf im Hinblick auf die in Satz 1 genannten Kriterien.
- (2) Lebt das Kind unter einem Jahr nur mit einem Erziehungsberechtigten zusammen, so tritt diese Person an die Stelle der Erziehungsberechtigten.
- (3) Die Förderung von Kindern ab dem vollendeten 3. Lebensjahr in Kindertageseinrichtungen sowie in schulischen Förder- und Betreuungsangeboten hat Vorrang vor der Kindertagespflege, sofern nicht im Einzelfall besondere Gründe in der Person oder den Lebensbedingungen des Kindes vorliegen.
- (4) Für die Förderung wird nach Antragstellung der Erziehungsberechtigten ein pauschalierter kalendermonatlicher Betreuungsumfang durch die Fachberatung des Jugendamtes festgelegt. Der individuelle Betreuungsbedarf ist vor Betreuungsbeginn durch die Erziehungsberechtigten zu belegen. Jede Änderung in den persönlichen Verhältnissen der Erziehungsberechtigten ist der Fachberatung umgehend schriftlich mitzuteilen, insbesondere Umzug, Wegfall des Arbeitsplatzes oder Eintritt in Elternzeit.
- (5) Der maximale monatliche Betreuungsbedarf berechnet sich nach den in Abs. 1 nachgewiesenen wöchentlichen Abwesenheitszeiten der Erziehungsberechtigten. Die maximale förderungsfähige Betreuungszeit in der Woche beträgt 45 Stunden.
- (6) Übernachtet das Kind wegen frühen Arbeitsbeginns oder spätem Arbeitsende der Erziehungsberechtigten an einzelnen Tagen bei der Tagespflegeperson, wird für die Zeit von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr eine Nachtbereitschaftszeit von 4 Stunden anerkannt.
- (7) Erziehungsberechtigte in Elternzeit gelten nach dieser Satzung nicht als Erwerbstätige.
- (8) Das Betreuungsverhältnis endet auf schriftliche Mitteilung der Erziehungsberechtigten sowie nach Wegfall der Anspruchsvoraussetzungen nach § 3 dieser Satzung.

§ 4

Gewährung von Geldleistungen an die Tagespflegeperson

- (1) Die laufende Geldleistung umfasst die Erstattung angemessener Kosten, die der Tagespflegeperson für den Sachaufwand (mit Ausnahme der Mahlzeiten) entstehen und einen Betrag zur Anerkennung ihrer Förderungsleistung. Die Stundensätze werden durch den Rat der Stadt Neuss festgelegt und umfassen derzeit für Tagespflegepersonen mit Grundqualifikation 4,50 € pro Kind sowie für höher qualifizierte Tagespflegepersonen 5,00 € bis zur maximal geförderten Betreuungsstundenzeit von 45 Wochenstunden. Tagespflegepersonen mit einer pädagogischen Ausbildung erhalten 5,50 €. Einer pädagogischen Ausbildung kann eine vergleichbare Weiterbildung und eine verwertbare mehrjährige Erfahrung in der Kinderbetreuung gleichgestellt werden. Die wöchentliche Betreuungszeit wird durch die Fachberatung für Kindertagespflege der Stadt Neuss festgelegt. Für die Betreuung von Kindern mit einer anerkannten Behinderung sowie einer ärztlich attestierten starken Entwicklungsverzögerung wird der dreifache Satz der Förderleistung gezahlt.

- (2) Das Jugendamt erstattet nachgewiesene Aufwendungen für Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung sowie die Hälfte der nachgewiesenen Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Tagespflegeperson und die Hälfte der nachgewiesenen Aufwendungen zu einer angemessenen Krankenversicherung und Pflegeversicherung. Diese Erstattungen resultieren aus den laufenden Geldleistungen der Stadt Neuss für die beschiedenen Betreuungsverhältnisse in Kindertagespflege.
- (3) Das Jugendamt gewährt Tagespflegepersonen, die in extra dafür angemieteten Räumlichkeiten Tagespflegekinder betreuen, auf Antrag einen Zuschuss zu den Mietkosten. Der Zuschuss beträgt pro öffentlich gefördertem Platz 100,-€ monatlich, maximal 900,-€ monatlich für eine Großtagespflegestelle. Der Zuschuss darf den Mietpreis zuzüglich der Nebenkosten nicht übersteigen, andernfalls ist er entsprechend zu reduzieren. Der Zuschuss zu den Mietkosten wird nur gezahlt, wenn die schriftliche Zustimmung der Fachberatung des Jugendamtes entsprechend der Jugendhilfeplanung der Stadt Neuss erfolgt ist, und die für die Nutzung der Räumlichkeiten zur Kindertagespfleegerforderlichen behördlichen Genehmigungen vorliegen. Jede Änderung bezüglich der Räume, der Miete oder der personellen Zusammensetzung der Tagespflegepersonen bei Zusammenschlüssen von Tagespflegepersonen sind der Fachberatung des Jugendamtes unverzüglich mitzuteilen.
- (4) Das Jugendamt erstattet den Tagespflegepersonen die nachgewiesenen Kosten für das geforderte Grundmodul des Zertifizierungskurses nach den Richtlinien des Bundesverbandes für Kindertagespflege e.V. und für das Erste-Hilfe Training am Kind (9 UE) zu 100% sowie die Folgemodule des Zertifizierungskurses nach den Richtlinien des Bundesverbandes für Kindertagespflege e.V. zu 100%, sobald laufende Geldleistungen durch die Stadt Neuss gewährt werden. Auf Antrag werden der Tagespflegeperson, für die das Jugendamt der Stadt Neuss örtlich zuständig ist und die im Neusser Stadtgebiet betreut, Fortbildungskosten bei anerkannten Fortbildungsinstituten in Höhe von maximal € 100,00 im Kalenderjahr erstattet.
- (5) Das Jugendamt zahlt bei Zustandekommen eines Betreuungsverhältnisses eine Kontakt- und Anbahnungsphase von maximal 20 Stunden, die vor bewilligtem Betreuungsbeginn nachweislich geleistet wurde.
- (6) Krankheit und Urlaub des zu betreuenden Kindes führen nicht zu einer Reduzierung der laufenden Geldleistungen. Im Rahmen der Betreuung in Kindertagespflege werden den Tagespflegeperson maximal 30 betreuungsfreie Tage im Kalenderjahr, unabhängig vom Entstehungsgrund (z.B. Urlaub, Krankheit, Kuren), finanziert. Nicht verbrauchte Tage entfallen zum Ende des Kalenderjahres. Zur Vermeidung von Betreuungslücken ist der Urlaub zwischen Tagespflegeperson und den Eltern unbedingt abzustimmen. Während des Jahresurlaubes der Tagespflegeperson ist die Betreuung des Kindes durch die Personensorgeberechtigten sicherzustellen. Ausfallzeiten der Tagespflegeperson sind tageweise zu dokumentieren und im Jugendamt anzuzeigen. Bei einer Überschreitung der anrechnungsfreien Tage kann die zu viel gezahlte Geldleistung zurückgefordert werden.
- (7) Tagespflegepersonen und Eltern sind verpflichtet, Änderungen in Bezug auf das Betreuungsverhältnis umgehend der Fachberatung schriftlich mitzuteilen.
- (8) Soweit eine Förderung der Kindertagespflege gemäß dieser Satzung erfolgt, sind weitere Kostenbeiträge der Eltern an die Tagespflegepersonen ausgeschlossen. Unberührt hiervon sind spezielle, mit den Eltern abgestimmte kostenpflichtige externe Zusatzleistungen, die über das reguläre Bildungs- und Betreuungsangebot hinausgehen.

§ 5 Erhebung von Elternbeiträgen

- (1) Die Stadt Neuss erhebt von den Eltern der Kinder, die in Kindertagespflege betreut werden, entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit monatlich öffentlich-rechtliche Beiträge. Die Höhe der Elternbeiträge richtet sich nach § 6 dieser Satzung. Lebt das Kind nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern. Wird bei Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII den Pflegeeltern ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommensteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt, treten die Personen, die diese Leistung erhalten, an die Stelle der Eltern. Die Elternbeiträge sind für alle Monate zu zahlen, in denen das Kind in Kindertagespflege gefördert wird. Die Beitragspflicht wird durch Ausfallzeiten der Tagespflegeperson nicht berührt.
- (2) Wird mehr als ein Kind einer Familie oder von Personen, die nach Absatz 1 an die Stelle der Eltern treten, gleichzeitig in einer Tageseinrichtung für Kinder im Gebiet der Stadt Neuss oder von einer Tagespflegeperson betreut und werden für die Betreuungen Elternbeiträge durch die Stadt Neuss erhoben, so entfallen die Beiträge für das zweite und jedes weitere Kind. Ergeben sich ohne die Beitragsbefreiung nach Satz 1 unterschiedlich hohe Beiträge, so ist der höchste Beitrag zu zahlen.
- (3) Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch II und XII (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe) und Bezieher von Wohngeld oder Kinderzuschlag sind nach Vorlage der entsprechenden Nachweise von der Zahlung des Elternbeitrages befreit.
- (4) Auf Antrag wird der Elternbeitrag ganz oder teilweise erlassen, wenn die Belastung den Beitragspflichtigen und dem Kind nicht zuzumuten ist. Für die Prüfung der Zumutbarkeit gilt § 90 Abs. 3 SGB VIII.
- (5) Der Rat ist berechtigt, auf die Erhebung von Elternbeiträgen ganz oder teilweise zu verzichten und eine Anpassung der Elternbeiträge an geänderte Kosten zu beschließen.

§ 6 Höhe der Elternbeiträge

Jahreseinkommen	U 2 monatlicher Elterneitrag (für 45 h / Woche)	Ü 2 monatlicher Elternbeitrag (für 45 h / Woche)
Bis 25.000,-€	0 €	0 €
Bis 35.000,-€	58 €	34 €
Bis 45.000,-€	115 €	67 €
Bis 55.000,-€	173 €	101 €
Bis 65.000,-€	230 €	135 €
Bis 75.000,-€	288 €	168 €
Bis 85.000,-€	345 €	202 €
Bis 95.000,-€	403 €	236 €
Bis 105.000,-€	460 €	269 €
über 105.000,-€	518 €	303 €

Die Festsetzung des Elternbeitrages erfolgt nach dem ermittelten Betreuungsbedarf. Der Beitrag der Tabelle bezieht sich auf die maximale Betreuungszeit von 45 Stunden pro Woche. Die Elternbeiträge nach der Altersgruppe der unter 2-jährigen Kinder sind bis zum Ende des Kalendermonats zu zahlen, in dem das Kind das 2. Lebensjahr vollendet.

§ 7 Verfahren

Die Eltern sind verpflichtet, zu Beginn der Betreuung in Kindertagespflege und danach auf Verlangen gegenüber dem Jugendamt der Stadt Neuss schriftlich anzugeben und nachzuweisen, welche Einkommensgruppe nach § 6 ihren Elternbeiträgen zugrunde zu legen ist. Ohne Angaben zur Einkommenshöhe oder ohne den geforderten Nachweis ist der höchste Beitrag zu leisten.

§ 8 Ermittlung des zu berücksichtigenden Einkommens und Festsetzung des Elternbeitrages

- (1) Einkommen im Sinne dieser Vorschrift ist die Summe der positiven Einkünfte der Eltern im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommenssteuergesetzes. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig. Dem Einkommen im Sinne des Satzes 1 sind steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Eltern und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen. Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften sowie der Mindestbetrag des Elterngeldes gemäß § 2 Abs. 5 Satz 1 Bundeselterngeld- und Elternzeit-gesetz in Höhe von 300,-€ monatlich werden nicht hinzugerechnet. Bezieht ein Elternteil Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder aufgrund der Ausübung eines Mandats und steht ihm aufgrund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist er in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach diesem Absatz ermittelten Einkommen ein Bei-trag von 10 v.H. der Einkünfte aus diesem Beschäftigungsverhältnis oder aufgrund der Aus-übung des Mandats hinzuzurechnen. Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Abs. 6 Einkommenssteuergesetz zu gewährenden Freibeträge von dem nach diesem Absatz ermittelten Einkommen abzuziehen.
- (2) Maßgebend für die Einkommensberechnung ist das Zwölfwache des Einkommens, welches in dem Monat vor Aufnahme des Kindes in Kindertagespflege erzielt wurde. Einkünfte, die zwar nicht im erstmaligen Berechnungsmonat bezogen wurden, aber im folgenden Berechnungszeitraum von zwölf Monaten anfallen, sind hinzuzurechnen. Änderungen der Einkommensverhältnisse auf Dauer, die voraussichtlich zur Festsetzung einer anderen Einkommensgruppe führen können, sind unverzüglich anzugeben. Der Elternbeitrag ist ab dem Kalendermonat nach Eintritt der Änderung neu festzusetzen. Soweit Monatseinkommen nicht bestimmbar sind, ist abweichend von Satz 1 auf das zu erwartende Jahreseinkommen abzustellen.

§ 9 Fälligkeiten

- (1) Die Festsetzung des Elternbeitrages erfolgt durch Bescheid des Jugendamtes der Stadt Neuss. Der Elternbeitrag wird als voller Monatsbeitrag erhoben und ist jeweils zum 10. eines Monats für den laufenden Monat fällig. Nachforderungen werden 30 Tage nach Erteilung des Festsetzungsbescheides fällig.
- (2) Ist zu Betreuungsbeginn eine abschließende Beitragsfestsetzung nicht möglich, etwa weil erforderliche Unterlagen vom Beitragspflichtigen nicht vorgelegt wurden, so kann das Jugendamt aufgrund einer Vorausschätzung Abschlagszahlungen als vorläufig festgesetzten Beitrag verlangen. Die Abschlagszahlungen sind jeweils zum 10. eines Monats für den laufenden Monat fällig. Die endgültige Festsetzung erfolgt rückwirkend und unverzüglich nach Wegfall des Festsetzungshindernisses. Soweit

der Beitragspflichtige eine Nachzahlung zu leisten hat, ist diese 30 Tage nach Erteilung des Festsetzungsbescheides fällig.

§ 10
Bußgeldvorschriften

Ordnungswidrig handelt, wer Angaben unrichtig oder unvollständig macht. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,-- € geahndet werden.

§ 11
Verwaltungsverfahren

Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, gelten die Vorschriften des Sozialgesetzbuches – Verwaltungsverfahren – (SGB X) entsprechend.

§ 12
In-Kraft-Treten

Diese Satzung, in der Fassung der 6. Änderungssatzung, tritt zum 1. August 2019 in Kraft.